Pussy Riot fucks Putin

Die feministische Punkband Pussy Riot ist – gemäß den überaus harten russischen Anti-Blashphemie Gesetzen – mit zwei Jahren Arbeitslager bestraft wurden. Das Urteil, das am 17. August nach einer provokanten Performance auf dem Altar einer Moskauer Kathedrale verhängt wurde, ist ein Ausdruck des verschärften Vorgehens der Putin-Clique gegen die Pro-Demokratie-Demonstranten seit Beginn dieses Jahres.

Drakonisches Urteil

Die Performance fand statt, um die Aufmerksamkeit auf die Politik der orthodoxen Kirche zu richten, deren oberster Vertreter, der Patriarch, bei den Wahlen im März dem autoritären Präsidenten Wladimir Putin den Rücken gestärkt hatte.

Die Anklage wurde unter dem Vorwurf des „Hooliganismus“ und „religiös geprägten Hasses“ geführt. Die Staatsanwaltschaft unter Alexei Nikiforov behauptete gar, „die Aktionen der Komplizen zeigen deutlich religiösen Hass und Feindschaft“. Daher wurde gefordert, dass sie „von der Gesellschaft isoliert werden“ müssen.

Entgegen der Behauptungen, der Protest wäre nicht politisch motiviert gewesen, argumentierte die Verteidigung, dass die Performance der drei Frauen ein offensichtlicher Akt der Opposition gegen Putin war – wie auch der Titel des Liedes „Virgin Mary, Chase Putin Out“. Dabei ging es keineswegs um anti-religiösen Hass.

Der Fall hat die Wut auf die Regierung erneut geweckt, die entstand, als Putin im letzten Herbst angekündigt hatte, erneut als Präsident anzutreten. Bereits damals waren die riesigen Proteste von brutaler polizeilicher Repression begleitet. Jetzt ist die Regierung entschlossen, wieder die Initiative zu ergreifen.

Einer der Anwälte der Frauen sagte, sie würden schrecklich behandelt und gefoltert – Essen und Schlaf würden ihnen verweigert. Daher riefen

Aktivisten der Opposition am 19. August zu Protesten gegen die Behandlung der Frauen und für ihre Freilassung auf, der sich in Russland und international Tausende und Abertausende anschlossen.

Das drakonische Urteil von zwei Jahren Lagerhaft offenbart freilich nicht die Brutalität des russischen Regimes und das Zusammenspiel verschiedener Komponenten des „Systems Putin“ – der reaktionären orthodoxen Kirche, des Präsidenten, der gleichgeschalteten Medien wie der „unabhängigen Justiz“. Es offenbart unfreiwillig auch seine Verlogenheit und innere Schwächen. Die Fassade der scheinbaren Unabhängigkeit dieser Systemkomponenten bröckelt gerade da, wo sich die einzelnen Komponenten in einer zynisch-lächerlichen „Eigenständigkeit“ präsentieren, wenn Putin und die Kirche für „Milde“ plädieren und zu hoffen vorgeben, dass ihre Freunde von der „unabhängigen Gerichtsbarkeit“ nicht allzu streng wären.

System Putin und seine Schwächen

Pussy Riot bei der Verkündung des Urteils am 17. August.

Seine Schwächen offenbart das System freilich auch gerade durch seine Brutalität, die „Unverhältnismäßigkeit“ des Urteils. Es ist Teil einer immer umfassenderen Einschränkung demokratischer Freiheiten wie die jüngste Verschärfung des Demonstrationsrechts zeigt; es ist Teil reaktionärer Hetze gegen Homosexuelle, nationale und politische Minderheiten.

Im Prozess gegen Pussy Riot macht sich die ganze Scheinheilig der Vertreter und Parteigänger des Systems bemerkbar. Einerseits sollte jeder politische Charakter der Aktion von Pussy Riot dementiert, der Auftritt in der Kathedrale auf einen Akt unzüchtigen und gotteslästerlichen Verhaltens reduziert werden; zum anderen wurde natürlich ein politischer Prozess mit symbolischen Strafen aufgezogen, der dank der Unterstützung für Pussy Riot zum Selbstläufer, zu einem weiteren Sammelpunkt für den Protest

gegen das Regime wurde.

Der Prozess gegen Pussy Riot offenbart aber auch die politische Feigheit und Schwäche der Führung der Opposition und Pseudo-Opposition zu Putin. Drei Punk-MusikerInnen haben mehr Courage und Direktheit im Kampf gegen den Kreml-Chef und seine Handlanger in Kirche, Justiz, Medien bewiesen, als die FührerInnen der (neo)liberalen und stalinistischen Opposition, die Kasparows, Sjuganows und wie sie sonst heißen, zusammen. Sie sind allesamt Leute, die eher hoffen, so reaktionäre und „ehrwürdige" Institutionen wie die Repräsentanten der orthodoxen Kirche als Verbündete zu gewinnen, statt deren reaktionäre Rolle zu entlarven, Leute, die allesamt wenig am russischen Staat auszusetzen haben – außer, dass sie darin nicht die Rolle spielen, die ihnen ihre Meinung nach gebührt.

Pussy Riot hat also auch gezeigt, dass die Bewegung gegen das Regime selbst eine andere, entschlossenere Ausrichtung braucht – eine, die nicht nur Putin an den Pranger stellt, sondern sein ganzes System; eine, die nicht nur die Entrechtung durch Putin anprangert, sondern auch die kapitalistischen und imperialistischen Wurzeln dieses Systems. Nur so wird der Widerstand letztlich die Kraft entfalten können, um den Kampf gegen Autoritarismus, Sexismus, Chauvinismus, Homophobie und Nationalismus mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden.

- Solidarität mit Pussy Riot – Freilassung jetzt!
- Weg mit den reaktionären Blasphemie-Gesetzen!
- Nieder mit Putin und seiner Bande!

Ein Artikel von Sally Turner, überarbeitet nach dem Urteil vom 17. August

---

Studentenbewegung in Chile

konfrontiert mit Versammlungsverboten

Die Massenbewegung der Schüler_innen und Studierenden, die seit 18 Monaten andauert, sah sich vor Kurzem durch einen weiteren staatliche Angriff ausgesetzt, der ihre demokratischen Rechte weiter einschränken soll. Es sind vor allem Sekundarschüler_innen die gegen ein neues Gesetz protestieren, das weitaus härtere Strafen für diejenigen, die Demonstrationen besuchen, zulassen würde.

Das Gesetz ist quasi ein Verbot der Redefreiheit und hindert viele Jugendliche rechtlich daran zu protestieren. Es wurde mit dem Versuch verabschiedet, die Jugendbewegung, die Streiks, Besetzungen und direkte Aktionen für kostenlose Bildung im Land organisiert zu unterdrücken. Erst kürzlich haben Studierende begonnen Straßen zu blockieren und Schulen zu besetzen – als Teil einer Kampagne, um die Regierung dazu zwingen die Hintzpeter Gesetz, benannt nach dem unpopulären Innenminister, zurückzuziehen. Das Gesetz würde Geldstrafen mit langen Gefängnisstrafen von bis zu drei Jahren für diejenigen ersetzen, die den öffentlichen Verkehr behindern oder Gebäude besetzen…

Doch es sind nicht nur die Studierenden, die durch das neue Gesetz betroffen sein werden. Jede Gruppe vom Fabrikarbeiter bis zum Umweltschützer könnte hohe Gefängnisstrafen für die Teilnahme an Massendemonstrationen riskieren. Ohne die Fähigkeit, ihre Arbeitskraft der Produktion zu entziehen und den herrschenden damit Geld zu kosten, ist die Hauptwaffe der Studenten ihre Selbst-Organisation zu einer Massenbewegung, in gemeinsamer Aktion mit den Organisationen der Arbeiterklasse.

Die chilenische Regierung versucht, die Bewegung zu kriminalisieren und das Recht auf Protest zu verbieten. Die neue Gesetzgebung soll die Studierenden einschüchtern, und folgt damit einem internationalen Trend der von dem berüchtigten Bill 78 in Quebec gesetzt wurde. Santiagos Bürgermeister hat gesagt, dass diejenigen, die nicht unverzüglich erneut zur

Schule gehen, den Verlust ihrer Stipendien riskieren.

Die Schlüsselaufgabe ist es, Studierende und die breite Jugend gegen diese unmittelbare Angriff auf ihre demokratischen Freiheiten zu mobilisieren. Damit der Widerstand erfolgreich ist, wird es notwendig sein, die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse zu gewinnen, die ihre wirtschaftliche und politische Macht nutzen kann,um die Regierung zu besiegen.

Die amerikanischen Kontinent ist erfüllt von Kämpfen von Jugendlichen! Von Montral nach Oakland, Santiago nach Sao Paulo, leisten Jugendliche Widerstand gegen die Angriffe einer Elite, die Arbeitsplätze, Bildung und Zukunft einer ganzen Generation opfern will, um uns für das Versagen ihres eigenen Systems zahlen zu lassen.

Wir wollen die Kämpfe der Jugend vereinigen, die ihre Kraft aus unserer Masse und unseren Erfahrungen zieht. Wir kämpfen für die Jugend der Welt, um uns zu verteidigen und und für unsere Interessen als Teil einer internationalen Bewegung gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus und Arbeitermacht zu kämpfen!

- Solidarität und Sieg dem Kampf der chilenischen Jugend!
- Nieder mit den reaktionären Gesetzen gegen Rede-,Meinungs- und Versammlungsfreiheit – Kämpft für das Recht auf Protest!

Übernommen von REVOLUTION-Großbritannien

Frohes, Neues… Schuljahr?

Wir alle kennen das Gefühl von Freude, nach den erneut zu kurz gefühlten Ferien, Freunde wiederzusehen, unsere Lieblingsfächer zu besuchen oder nach den Scherzen auf dem Schulhof während der Pausen.

Doch diese Freude bleibt uns nur allzu schnell im Hals stecken, wenn auch

nach Jahren unsere Schulgebäude nicht renoviert sind, die Karten im Georaum noch aus der Zeit des kalten Krieges zu stammen scheinen, Schulmaterialien teurer werden, während sich unsere Klassen zunehmend füllen – die Liste ist endlos. Und so wird aus Enttäuschung oft genug berechtigte Wut, wenn jahrelang geforderte Gelder, anstatt in die Bildung immer weiter in marode Banken investiert werden.

Zwar wird uns gesagt, dass all diese Entscheidungen zu unserem Besten wären, doch nach zwei drei Schulwochen im neuen Jahr fängt sich jeder an zu fragen, was eigentlich gut an diesem Umstand sein soll. Nun ist es nicht einmal so, dass wir uns diese Umstände selbst ausgesucht hätten, die Entscheidungen selbst getroffen hätten, die uns belasten. Genauso wie die Arbeiter_Innen in den Betrieben nichts bestimmen können, obwohl sie das Geld erarbeiten und sich eine gute Bildung für ihre Kinder erhoffen, haben auch wir nur selten etwas zu sagen. Unsere Mitbestimmung werfen wir im Kapitalismus alle vier Jahre in eine Wahlurne und somit oft genug in die Tonne (insofern wir überhaupt schon wählen dürfen).

Doch in der Schule mangelt es nicht an Gremien, oder? Schließlich wählen wir jährlich unsere Klassen-, Schul- und Jahrgangssprecher, die sich dann für unsere Interessen einsetzen sollten. Doch wir alle wissen, dass die Themen der Schülervertretung den fehlenden Uhren im Klassenraum, einer Kuchenverkaufsaktion oder im äußersten Fall einer Beschwerde an die öffentlichen Verkehrsbetriebe gewidmet sind. Doch das ist kein Zufall, denn die Einflüsse die diese Gremien haben sind geringfügig. Wenn ehrlich engagierte Schüler_innen über diesen Rahmen hinausschießen werden sie oft mit Repressalien bestraft. Egal ob es die Vorladung beim Direktor ist, das einen manch Lehrer_in danach auf dem Kieker hat oder sogar durch die Schulkonferenz von der Schule verwiesen wird – wir Schüler_innen werden sogar oft genug des Rechtes beraubt uns über die Miese Situation offen zu beschweren.

Doch wir haben genügend Grund uns zu beschweren. So durften wir in den letzten Jahren viele Kürzungen im Bildungssystem miterleben, ob immer größer werdende Klassen, gestrichene Vertretungslehrerstellen oder durch die Verkürzung der Schulzeit im G8-Abitur, die denselben Stoff in weniger

Zeit ohne eine Umstellung von Lehrplänen bedeuten. Doch nicht nur direkt im Bildungsbereich waren wir Schüler_innen von Kürzungen betroffen. Auch anderweitig werden wir am (selbstbestimmten) Lernen gehindert. Beispielsweise führten die Mietpreissteigerung dazu, dass wir aus unserer Wohngegend und weiter weg von der Schule wohnen müssen – was gekoppelt an die steigenden Fahrtkosten noch verschlimmert wird. Die 5€ Hartz IV Erhöhung für die von uns, deren Eltern Arbeitslos sind, bewirken hingegen gerade einmal, dass wir uns eine viertel Stunde kostenpflichtiger Nachhilfe mehr im Monat leisten können!

Doch Alternativen – falls unser schlechter Schulabschluss aufgrund eines selektiven Schulsystems nicht für einen guten Job reicht – werden uns herzensgut angeboten. JA!-, denn dank der neuen Bundeswehrreform müssen die Feldjäger der Bundesrepublik nun auch auf neuen Jagdgründen Hatz machen. Nämlich in deiner Schule! So werben sie mit fester Einstellung, bezahlter Ausbildung und Zuschlägen für den „Demokratieexport“ mit dem Maschinengewehr unter Slogans wie „Wir.Dienen.Deutschland(´s Großkonzernen)“. Das die Zahl der psychisch zerstörten Heimkehrer enorm ist, genauso wie die Kosten und Opfer die jährlich über den Jordan (ge-/er-)schossen werden, wird verheimlicht. Selbstverständlich bedingen auch diese immensen Ausgaben die Schließungen und Kürzungen in und um unsere Schulen. Während also weiter an unseren Bildungseinrichtungen und Jugendclubs gekürzt wird (bei deren Existenz es sich manchmal „nur“ um Millionenbeträge handelt), werden Milliarden in unsinnige Großprojekte geschmissen – wir denken nur an S21 oder die läppischen 1,5 Milliarden Euro, die nun mehr für den Bau des neuen Berliner Flughafens anfallen, damit wir endlich diese beiden anderen hässlichen Flughäfen schließen können, die es schon gibt.

All diese Symptome zeigen auf, das Bildung im Kapitalismus nur ein Ziel verfolgt und auch nur eins verfolgen will, nämlich die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt zugunsten der Chefs und Bosse. Denn billige Arbeitskraft ob über Leiharbeit oder unbezahlte Praktika brauchen die Kapitalist_Innen um trotz der gigantischen Unkosten immer noch den nötigen eigenen Profit zu erwirtschaften, um ihn durch Spekulationen wieder durch Finanzkrisen zu

verlieren. Da macht es doch nur Sinn, dass das verlorene Geld durch Kürzungen in der Bildung zurückgeholt wird, oder?

Doch auch wenn das neue Jahr alte Probleme mit sich bringt – Es muss nicht so bleiben! Student_innen von Chile, über Quebec bis zu den Bildungsstreiks in Deutschland haben gezeigt, dass wir uns wehren können.

Deshalb fordern wir auch im neuen Schuljahr:

- Die volle Ausfinanzierung und neue Investitionen in den Aufbau und Betrieb von Jugendclubs, Bildungseinrichtungen, Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten, bezahlt aus den Kassen der Kapitalist_innen – Für einen Sofortplan von 40 Milliarden Euro zusätzlicher Investitionen im Bildungsbereich bis 2018!
- Lehrpläne und Bildung, die nicht unter der Kontrolle von staatlichen Bürokrat_innen, Konzernchefs und wenigen Professor_innen stehen – Für selbstverwaltete Bildung durch Lehrende und Lernende. Die Schulinhalte sollten sich nicht an den Interessen der Kapitalist_innen ausrichten, sondern durch Gremien der Jugend-und Arbeiterbewegung festgelegt werden!
- Die sofortige Einstellung von bundesweit 100´000 neuen Lehrer_Innen.
- Die Schaffung von selbstverwalteten Freiräumen und ein prinzipielles Verbot für Militär, Sicherheitsdienst und Polizei in Bildungseinrichtungen!

Doch nicht zuletzt muss es jemanden geben, der diese Forderungen umsetzen kann. Deshalb treten wir für die Organisierung von Aktivist_innen an Schulen in selbstbestimmten Streikkomitees ein. Überall, wo wir können, werden wir von REVOLUTION uns gemeinsam mit euch für solche Strukturen einsetzen, deren Ziel es sein muss eine bundesweite Kampfstruktur aller Jugendlichen im Bildungsbereich zu schaffen – eine kämpferische Schüler_innen und Studierendengewerkschaft!

Artikel von Wilhelm Schulz und Alester Fröhlich, REVOLUTION-Berlin

Slutwalk – wir tragen, was wir wollen!

Es ist immer wieder ein Thema in öffentlichen Diskussionen – insbesondere unter konservativen Politikern – aber auch in der Schule, am Arbeitsplatz oder auf der Straße hören wir es oft genug. Es geht um die Frage, wie sich (insbesondere) Frauen „zu kleiden haben“. So erklärte beispielsweise vor einem Jahr der Polizeibeamte Michael Sanguinetti während einer Veranstaltung zur präventiven Verbrechensbekämpfung den Studenten der York University in Toronto, dass sie sich besser nicht wie Schlampen anziehen sollten. Der Grund: sie könnten damit Vergewaltiger provozieren.

Als Reaktionen auf diese Aussage begannen vor etwas mehr als einem Jahr die sogenannten „Slutwalks“, insbesondere in Großbritannien und Nordamerika. Die oft jungen Frauen, wollten durch sexuell aufreizende Kleidung und körperliche Reize protestieren. Der Grund dieses außergewöhnlichen Protestes lag darin die Anschuldigung zurückzuweisen, dass Frauen (aber Z.B. auch Homosexuelle und Transgender) an Misshandlung oder Vergewaltigung aufgrund ihrer Bekleidung selbst schuld seien. Nach dieser Logik wären dann auch Männer und Frauen, die sich nicht ihres vermeintlichen Geschlechts entsprechend männlich oder weiblich genug kleiden würden, selbst schuld, wenn sie Opfer von homophoben Gewalttaten würden.

Allein die Tatsache, dass Vergewaltigung in den meisten Fällen in Bekannten- und Verwandtenkreisen stattfinden, bisher keinerlei statistische Zusammenhänge zwischen Kleidung und Vergewaltigungen gefunden wurden und nur 2% aller Opfer ihren Täter vorher nicht kannten zeigt eines deutlich – Es ist nicht die Kleidung der Opfer, die „Fremde“ zur Vergewaltigung anstacheln würde. Vielmehr sind sie Ausdruck einer

sexistischen und widersprüchlichen Gesellschaft, in der insbesondere Frauen oft genug als Objekte angesehen werden. Und das nicht nur von den Gewalttätern(_innen), sondern auch von Schlauköpfen, wie CDU/CSU-Politikern, Polizei“experten“ über andere bürgerliche Parteien aller Coleur.

Es sind nicht oft genug die Opfer, die von bürgerlichen Medien, Politikern und Behörden als die eigentlichen Schuldigen häuslicher Gewalt oder Vergewaltigungen ausgemacht werden.

Doch eigentlich geht es nicht darum, welche Kleidung zu Vergewaltigungen führen würde. Es geht darum, dass uns diese Politiker, selbsternannte Experten, Homophobe und Sexisten, das Recht nehmen wollen über unseren eigenen Körper und unsere Sexualität selbst bestimmen zu können. Wie oft wird insbesondere uns Jugendlichen dieses Recht abgestritten, ob in der Schule oder am Ausbildungsplatz. Es ist diese systematische Ausgrenzung, Diskriminierung und das bürgerliche Bild einer zweigeschlechtlichen und männerbestimmten Familie das viele Jugendliche in Magersucht, Schönheitswahn oder Selbstmord treibt.

Insbesondere in Zeiten, wo in den Betrieben versucht wird die Belegschaften zu spalten – beispielsweise in Mann und Frau – sind solche sexistischen Angriffe, ob es nun um unsere Kleidung oder Debatten um die Rechte von Homosexuellen in der Ehe geht, ein Versuch uns von den eigentlichen Problemen, die uns vereinen abzulenken.

Wir sagen: Wir können tragen, was wir wollen!

- Gegen jede Form von gesellschaftlicher Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen und Transsexuellen!
- Für das Recht von sozial unterdrückten Minderheiten sich innerhalb

der Arbeiterbewegung organisieren zu können!
- Für das Recht auf Selbstverteidigung gegen sexistische und homophobe Übergriffe, für selbst verwaltete Schutzräume Homosexueller, Transgender und Frauen, die beispielsweise von häuslicher Gewalt betroffen sind oder von ihren Familien verstoßen wurden!

Am 15. September rufen Aktivist_innen zu einem Slutwalk in Berlin auf. REVOLUTION unterstützt diese Initiative und ruft alle – egal welcher Herkunft oder welchen Geschlechts – dazu auf sich daran zu beteiligen!

Artikel von Rosa Reh, REVOLUTION Berlin

Ein neues Schuljahr – Wie weiter im Kampf gegen Bildungsabbau?

Wir veröffentlichen hier ein Interview über die aktuellen Bildungsproteste, das Genoss_innen der Gruppe Arbeitermacht mit einem unserer Mitglieder führten und auch auf der Arbeitermachthomepage veröffentlicht wurde. Das Interview wurde mit Robert Teller über momentane Probleme, internationale Kämpfe und revolutionäre Perspektiven für die Kämpfe der Jugend um das Thema Bildung geführt.

Arbeitermacht (AM): Revolution war in den letzten Jahren eine der aktivsten Gruppen bei der Organisierung von Bildungsstreiks und Aktionen. 2011/12 gab es jedoch eine erkennbare Abschwächung der Bewegung an Unis und Schulen. Auf der diesjährigen REVO-Konferenz wurde über die Ursachen dieser Entwicklung diskutiert. Worin seht ihr die Hauptursachen?

Von REVOLUTION mitorganisierter Protestzug von Schüler_innen an einer Schule in Pankow, beim Schulstreik 2011 in Berlin

Robert: Das größte Problem in der Bildungsstreikbewegung ist, dass in den Kämpfen der letzten Jahre keine dauerhaften Organisationsstrukturen gebildet wurden, die eine gezielte Kampagne gegen Bildungsabbau u.a..Angriffe auf die Rechte der Jugend führen könnte. Es gibt in Deutschland viele tausend Jugendliche, die bereit sind, mit allen Mitteln für ihr Recht zu kämpfen. Es gab ein- oder mehrtägige Streiks und sogar anhaltende Besetzungen in den Unis. Doch bisher haben wir nur wenige Forderungen durchsetzen können, und diese wenigen Erfolge wurden von manchen Gruppen als Vorwand genommen, die Bewegung für beendet zu erklären.

Wir – und dies gilt für die große Mehrheit der AktivistInnen in der Bewegung – meinen, dass der Kampf weitergehen muss. Hierfür müssen wir aber die Fehler der Vergangenheit benennen und Schlüsse für die Zukunft ziehen. Wenn eine Belegschaft streikt, um z.B. Lohnforderungen durchzusetzen, dann tut sie das solange, bis sich die „Arbeitgeber“ gezwungen sehen, die Forderungen zu akzeptieren. Wenn der Druck nicht ausreicht, müssen sie alles daran setzen, sich mit anderen Belegschaften zu verbinden, demokratisch gewählte Streikleitungen zu bilden und all jene mit in den Kampf zu ziehen, die ihnen solidarisch gegenüberstehen und ähnliche Interessen haben. Es ist die erste Aufgabe jeder Bewegung, ihre Organisation auf ein stets höheres Niveau zu heben, um die Kampfkraft zu erhöhen, bestehende AktivistInnen zu dauerhaften KämpferInnen zu machen und in kommenden Aktionen alle anderen Unterdrückten, die bisher nicht aktiv waren, zu gewinnen.

AM: Auch in den letzten Wochen und Monaten gab es Schulstreiks, z.B. in Dresden und Solingen. Aber diese scheinen wenig miteinander koordiniert zu sein. Was schlagt ihr vor, um diese Aktionen zu verbinden und bundesweite Strukturen aufzubauen?

Bildungsstreik in Solingen am 29 Jnui
2012 in Solingen.

Robert: Wir brauchen in der Bildungsstreikbewegung Organisationsstrukturen, die von allen AktivistInnen gewählt und abgewählt werden können und in deren Auftrag den Kampf vereinheitlichen und vorantreiben. Die Bildungsstreik-Konferenzen müssen verbindlichen Charakter haben. Es bringt nichts, sich für zwei Tage zu treffen und die meiste Zeit darüber zu diskutieren, ob Mehrheitsentscheidungen undemokratisch sind oder ob es den Anwesenden erlaubt ist, nichtvegane Nahrung zu essen.

Die Konsens-BefürworterInnen haben offenbar nicht begriffen, dass die Bewegung konkrete Aufgaben zu erfüllen hat: Millionen von Jugendlichen vegetieren in sinnlosem Schulunterricht, Billigjobs oder Arbeitslosigkeit. Sie sind täglicher Repression durch LehrerInnen, Chefs oder Behörden unterworfen. Diese ungerechten und unterdrückerischen Verhältnisse zu bekämpfen ist unsere Aufgabe, und wir müssen von allen linken Kräften, auch von Reformisten wie DIE LINKE und den Gewerkschaften einfordern, jede nur mögliche Unterstützung zu leisten. Ein großes Problem der Jugend ist, dass es keine gemeinsame Interessenvertretung gibt, wie es bei den ArbeiterInnen die Gewerkschaften sind. Wir wollen daher eine SchülerInnengewerkschaft aufbauen. Diese sollte eine dauerhafte Basis für alle Jugendkämpfe darstellen, nur von diesen Jugendlichen kontrolliert sein und zugleich – wie die ArbeiterInnengewerkschaften – Schutz vor individueller Repression durch LehrerInnen oder den Staat bieten.

AM: Welche Forderungen und welche Organisationsformen schlagt ihr zum Aufbau einer bundesweiten Bewegung vor? Wie sollen Unverbindlichkeit und mangelnde Kontinuität überwunden werden?

Robert: Es sollten regelmäßige bundesweite Konferenzen stattfinden, die allen AktivistInnen offenstehen. Sie sollten durch Mehrheitsentscheid bestimmen, welche Aktionen für welche Ziele als nächstes stattfinden, mit welchen Mitteln wir für welche Forderungen kämpfen.Die Entscheidungen

müssen verbindlich sein. Es muss für alle TeilnehmerInnen möglich sein, Anträge einzubringen, die diskutiert und abgestimmt werden. Es darf keine politische Steuerung durch „Vorbereitungsgruppen“ o.ä. geben.



Entscheidungen sollten demokratisch diskutiert, allerdings auch zielgerichtet getroffen werden, damit die Bewegung sich durch die praktischen Erfahrungen entwickeln und definieren kann!

Unsere Forderungen in der Bildungsbewegung haben wir im „Aktionsprogramm Bildung“ dargelegt. Dazu gehören beispielsweise die Neueinstellung von 100.000 LehrerInnen, Sofortinvestitionen von 40 Mrd. Euro und die Verkleinerung der Klassen auf max. 20 SchülerInnen. Dazu gehört die Abschaffung des dreigliedrigen Schulssystems und die Durchsetzung von Lehr- und Lernmittelfreiheit, also freier und kostenloser Zugang zu den Schulen. Wichtig sind jedoch auch Forderungen wie das Streikrecht für SchülerInnen und LehrerInnen, Freiheit der Organisation und Propaganda an Schulen und Verbot aller schulischen Repressionsmaßnahmen, denn heute ist unser Kampf durch die Willkür und der Schulbehörden sehr schwer. Außerdem fordern wir das Verbot von Religions- oder Moralunterricht an den Schulen.

AM: Welche Gruppierungen sollen dazu einbezogen werden?

Robert: Wir fordern alle Organisationen und Individuen zur Teilnahme auf, die den grundlegenden Forderungen für bessere Bildung zustimmen. Alle politischen Kräfte haben nicht nur das Recht, sondern die Aufgabe, den Kampf zu unterstützen. Dies gilt natürlich nicht für Rechte oder Reaktionäre – aber wir haben derzeit nicht das Problem, dass diese sich in unserer Bewegung tummeln. Wir fordern von Bündnispartnern nicht weitgehende politische Übereinstimmung als Voraussetzung. Wir kämpfen für konkrete Ziele, und wer diese Ziele teilt, ist aufgefordert, sich dem Kampf

anzuschließen.



Zusammen Kämpfen -
Gemeinsam Streiken!

Natürlich muss dann innerhalb der Bewegung notwendigerweise die Diskussion geführt werden, wie diese Ziele durchgesetzt werden können, und welche Forderungen wir an die Schulen und an die Regierung richten. Hier gibt es unterschiedliche Positionen, die offen diskutiert und schließlich demokratisch entschieden werden müssen. Es muss auch stets die volle Freiheit der Kritik an anderen Strömungen gewährleistet sein. Gerade weil verschiedene Strömungen in der Bewegung arbeiten, ist es wichtig, Differenzen zu diskutieren. Wenn das nicht möglich ist, werden wir keine Einheit im Kampf erreichen, sondern sektiererische Einzelaktionen verschiedener Kräfte.

AM: Welche Forderungen, welche zentrale Perspektive schlägt REVOLUTION für das Bildungssystem über Forderungen einer Einheitsfront hinaus vor?

Robert: Als KommunistInnen verstehen wir den Kampf für bessere Bildung natürlich als Kampf gegen den bürgerlichen Charakter des Bildungssystems. Wir richten uns nicht gegen ein vermeintlich „falsches Verständnis“ der Politik in Bezug auf das Bildungssystem – wir wollen das Bildungssystem vollständig der Kontrolle durch den bürgerlichen Staat entreißen.

Das bürgerliche, kapitalistische Bildungssystem dient immer der Aufrechterhaltung und Festigung der bürgerlichen Klassengesellschaft. Hier werden den Bedürfnissen der Kapitalisten entsprechend zum einen ProletarierInnen, zum anderen die kommende „Elite“ produziert – jeweils nochmals vielfach unterteilt. Viele der Haupt- und Realschulabgänger werden auf lange Zeit der „industriellen Reservearmee“ angehören, während ein kleiner Teil von Hochschulabsolventen die nächste Funktionärsschicht der herrschenden Klasse stellt.

Unsere Ziele erschöpfen sich daher nicht in ein paar finanziellen Zuwendungen und ein wenig mehr Gleichberechtigung. Das einzig gerechte Bildungssystem ist eines, das von den Betroffenen – SchülerInnen, LehrerInnen und ArbeiterInnen – demokratisch kontrolliert wird. Diese sollen über finanzielle Ausstattung, Lehrpläne u.a. entscheiden. Der Polizei und Bundeswehr muss der Zutritt zu Schulen verboten sein. Um dies umzusetzen, werden wir Gegenmachtorgane aufbauen, die entschlossen und in der Lage sind, dem bürgerlichen Staat die Schulen und Unis zu entreißen, diese im Interesse der unterdrückten Jugend umzuwälzen und die Errungenschaften gegenüber dem Staat zu verteidigen.

AM: Könnten nicht die Kämpfe gegen Kürzungen im Bildungswesen auch ein Mittel zum Aufbau einer europaweiten Bewegung werden? Ist dazu etwas geplant, hat REVOLUTION dazu Vorschläge?



In Quebec, Kanada kämpfen Jugendliche und Studierende seit Monaten milutant gegen die Angriffe der Regierung.

Robert: In den letzten Jahren haben wir in vielen Ländern Kämpfe und Aufstände von Jugendlichen gegen das marode Bildungswesen erlebt – nicht nur in Europa, sondern z.B. auch in Chile oder Kanada. Dies geschieht vor den Augen der Welt und wir können uns ein Beispiel nehmen an den Kämpfen in Chile, wo Jugendliche gemeinsam mit ArbeiterInnen sehr entschlossen und militant gekämpft haben. Die Bedingungen für die Vereinigung dieser Kämpfe zu einer ungleich stärkeren, internationalen Bewegung sind gut.

Wir haben zudem die Aufgabe, Unterdrückte in Ländern zu unterstützen, wo die Situation noch viel prekärer ist, z.B. in Griechenland. Bei all den Nachrichten über die Krise geht es beinahe unter, dass die Regierung die Universitätsbudgets allein in diesem Jahr um 20% gekürzt hat. Die Qualität der Ausbildung ist sehr schlecht und ohnehin bekommen nur die wenige

einen Studienplatz.

Wir treten dafür ein, die Bewegung auch international so eng wie möglich zu vereinen. Nicht nur, damit wir gemeinsam mehr werden – es ist essentiell, weil die Bildungsproteste, die Proteste gegen Sparpakete und die Krise in allen Ländern den selben Gegner haben: das marode kapitalistische System. Im Moment sind GenossInnen von REVOLUTION in Griechenland, um dort Kontakte zu machen mit AktivistInnen, mit StudentInnen, kämpfenden Belegschaften oder Migrantenorganisationen.

Es gab bereits europa- oder weltweite Aktionstage, wie am 27.11.2011. Um die Kämpfe wirklich auf eine höhere Ebene zu heben, treten wir für eine europaweite Konferenz der Jugend- und Antikrisenbewegung ein, die einen gemeinsamen Plan für die Kämpfe der Unterdrückten erarbeiten müsste.

AM: Wie greift REVOLUTION konkret an Schulen ein? Baut ihr dazu eigene REVO-Gruppen auf? Was tun diese?

Robert: Alle GenossInnen, die zur Schule gehen, arbeiten in Streikkomitees, oder versuchen solche aufzubauen. Vor allem in Berlin sind die Erfolge gut, auch wenn im letzten Jahr das Bündnis „Bildungsblockaden einreißen“ gespalten wurde. Die Aufgabe von Streikkomitees ist es, die konkreten Probleme an der Schule zu diskutieren, Kämpfe zu organisieren und die SchülerInnen für den Kampf zu gewinnen. Die REVOLUTION-Konferenz hat nun beschlossen, dass wir diese Aktivitäten ausweiten, auch in anderen Städten. Wenn wir an einer Schule genügend Kräfte haben, bauen wir dort auch REVOLUTION-Gruppen auf, um weitere GenossInnen zu gewinnen und unsere Vorschläge in den Komitees zu vertreten.

AM: Oft wird der Vorwurf erhoben, der Aufbau von REVOLUTION-Gruppen an Schulen oder Unis stünde im Widerspruch zum Aufbau der Bewegung oder von Bündnissen. Was entgegnet ihr dem?

Robert: Um unsere Organisation aufzubauen und zu festigen, werden wir, wo immer möglich, Schul-, Hochschul- oder Betriebsgruppen bilden, wo wir unsere Positionen in Bezug auf die jeweiligen Probleme konkret diskutieren und entwickeln und so auch weitere GenossInnen gewinnen. Dies

widerspricht nicht der Arbeit in Bündnissen und steht auch nicht in Konkurrenz dazu. Im Gegenteil: In einem Aktionsbündnis arbeiten verschiedene politische Strömungen und Individuen für gemeinsame Ziele, organisieren Aktionen, bei denen sich jede Gruppe den Entscheidungen des Bündnisses unterwirft.

Als politische Organisation haben wir jedoch ganz bestimmte Positionen und Vorschläge, die wir in diese Komitees einbringen, weil wir denken, dass wir die Bewegung dadurch vorwärts bringen können. Dies steht jeder Organisation zu. Manche verwechseln Aktionsbündnisse mit politischen Blöcken, was dazu führt, dass bestimmte Kräfte sektiererisch aus dem Bündnis ausgestoßen werden.

AM: Noch eine letzte Frage. Wo können interessierte GenossInnen eure politischen Vorschläge nachlesen? Wie können sie mit den Ortsgruppen in Kontakt kommen?

Robert: Unser „Aktionsprogramm Bildung“ kann man auf unserer Website herunterladen oder von den Ortsgruppen erhalten. Auf der Website befinden sich auch andere Grundlagendokumente wie das Internationale Manifest. Interessierte können jederzeit über die Website oder Facebook Kontakt herstellen und auf die Ortsgruppentreffen kommen. Alle Interessierten können sich über unsere Kontaktadressen oder bei den Ortsgruppen melden.

Krise und Klassenkampf in Griechenland – Augenzeugenberichte aus Athen

Krise und Klassenkampf in Griechenland. Sozialismus oder Barbarei!

Im Juli und August besuchten GenossInnen der Gruppe Arbeitermacht und REVOLUTION Griechenland im Zuge einer Solidaritätsdelegation. Sie berichten im Rahmen einer Rundreise von ihren Erfahrungen, von den Kämpfen vor Ort und von den Perspektiven des griechischen Widerstandes – vom Abwehrkampf zur sozialistischen Revolution.

Nach Jahren von Krise und Niedergang ist ein großer Teil der griechischen Bevölkerung verarmt. Mehr als 20 Prozent sind arbeitslos. Und EU, die EZB, der IWF – allen voran die Regierung Merkel – wollen noch mehr. Während die griechischen wie europäischen Banken gerettet werden, gibt es ein Kürzungsprogramm nach dem anderen, das die Bevölkerung weit ins Elend treibt. Die Regierung Samaras ist willfähriger Erfüllungsgehilfe dieser Politik.

Doch es gibt auch:

• Besetzte Betriebe

• Streikende ArbeiterInnen

• MigrantInnen, die sich gegen Rassismus wehren

• Nachbarschaftskomitees

• Eine stärker werdende Linke

Die Veranstaltungstermine:

Hamburg: Montag, 3. September 2012 I 19.00 Uhr I MTZ
Magda Thürey-Zentrum I Lindenallee 72 I 20259 Hamburg.

Kassel: Mittwoch, 5. September 2012 I 19.00 Uhr
Café Buch-Oase I Germaniastraße 14 I 34119 Kassel.

Berlin: Mittwoch, 12. September 2012 I 19.00 Uhr
Omayra I Engeldamm 68 I 10179 Berlin.

Stuttgart: Donnerstag, 13. September 2012 I 19.00 Uhr
DGB Haus (Kellerschenke) I Theodor-Heuss-Straße 2 a
70174 Stuttgart (Nähe S-Bahn Stadtmitte).

Freiburg: Mittwoch, 24. Oktober 2012 I 19.00 Uhr
Linkes Zentrum ¡Adelante! I Glümerstrasse 2 I 79102 Freiburg

NPD in Stuttgart: Und täglich "grüßt" der Kessel …

Die NPD auf „Deutschlandtour".Da ist es eigentlich klar,dass es zu Gegenprotesten kommt.So auch am 30.07.2012 in Stuttgart. Und wieder einmal „glänzt" die Stuttgarter Polizei durch härte wenn es darum geht, antifaschistischen Protest zu behindern und die Nazis zu schützen.

Am vergangenen Montag,den 30.07.2012,machte die NPD auf ihrer „Deutschlandtour" halt in Stuttgart. Gerade einmal 15 Ewiggestrige kamen zur Unterstützung dieser Kundgebung in der Stuttgarter Innenstadt zusammen, darunter solch „illustre" lokale „Partei-Prominenz" wie etwa Janus Nowak, Ronny Hellriegel, Martin Krämer und Alexander Scholl. Geschützt wurde dieses Häuflein von rund 400 (!) Bullen,die mit BFE-Greiftrupps und Pferdestaffel angereist waren. Dem Gegenüber standen insgesamt rund 250 Antifaschist_Innen, die lautstark und mit Nachdruck den Nazis verdeutlichten, dass sie in Stuttgart keinen Platz finden werden.

Antifaschistische Protestformen…

Zusätzlich wurde das Ganze dann noch mit Flaschen-, Eier- und Tomatenwürfen gegen die braunen Nieten sehr eindrucksvoll unterstrichen. Zwischendurch musste die Kundgebung der NPD dann unterbrochen werden, nachdem eine Tränengasgranate geworfen wurde. Bereits vor dem Auftakt der Kundgebung am Kronprinzplatz in der Stuttgarter Innenstadt kam es zu Blockaden seitens der Antifaschist_Innen. So wurde der LKW der NPD (von der NPD Großspurig als „Flaggschiff“ bezeichnet), der unter Polizeischutz anfuhr, 1,5 Stunden erfolgreich blockiert. Der Kundgebungsplatz jedoch wurde bereits frühzeitig großräumig abgeriegelt ,so dass ein Erreichen dadurch erschwert wurde, was dann trotzdem einigen Antifaschist_Innen gelang. Als bekannt wurde, wo genau sich die Kundgebung der Faschisten befand, zog ein spontan organisierter Demozug dorthin.

… und die Antwort der Polizei

Das trotz eher kurzfristiger Mobilisierung trotzdem 250 Antifaschist_Innen zusammen kamen, ist ein Erfolg. Den Bullen war dies natürlich ein Dorn im Auge und so kam es, dass bereits früh einige Antifaschist_Innen eingekesselt wurden. Das ganze lief dann darauf hinaus, dass in einem Kessel über 50 Antifas und einige unbeteiligte Passant_Innen mehr als sechs Stunden ohne Wasser und Nahrungsmittel bei 30°C in der prallen Sonne festgehalten und anschließend in Gewahrsam genommen wurden. Erst nach weiteren zermürbenden Stunden auf der so genannten „Wasen-Wache“ (einer Gefangenensammelstelle auf dem Cannstatter Wasen)wurden die Festgenommenen wieder frei gelassen. Ein Antifaschist musste dann nach einem Polizeiangriff mit Platzwunde am Kopf und Gehirnerschütterung anschließend in einem Krankenhaus stationär behandelt werden.

Gängige Praxis der Polizei

Dieses Verhalten seitens der Polizei in Baden-Württemberg und im speziellen in Stuttgart ist jedoch nichts neues oder gar ungewöhnliches.Bereits im letzten Jahr wurden bei Antifaschistischen Gegenaktionen zu einem Nazi-

Aufmarsch am 1.Mai in Heilbronn rund 1.500 Antifaschist_Innen bis zu 12 (!) Stunden von der Polizei in diversen „Freiluft Gefangenensammelstellen“ (Freiluft Gesas) festgehalten und das bei ähnlichen Bedingungen wie nun am 30.07. Auch damals war es den Gefangenen nicht möglich, sich mit Wasser und Nahrung zu versorgen geschweige denn aufs Klo zu gehen. Nur den Menschen, die in einer der Freiluft Gesas am Hauptbahnhof von Heilbronn festgehalten wurden, war es nach zähen Verhandlungen mit der Polizei möglich, sich Essen und Trinken zu besorgen und auch aufs Klo zu gehen. Und wer erinnert sich nicht an den brutalen Angriff auf eine Demo im Zusammenhang mit einem Schüler_Innenstreik gegen Stuttgart 21 am 30.09.2010, bei dem 1.000 Polizisten verschiedener Spezialeinheiten Schüler_Innen und Rentner_Innen angriffen, die teils schwer verletzt wurden und bei dem auch vier Wasserwerfer zum Einsatz kamen? Diese und viele weitere Beispiele zeigen deutlich, zu was der Repressionsapparat (zu dem auch die Polizei gehört),im bürgerlichen Staat fähig ist. Zur Vertretung und Durchsetzung der Interessen einer Minderheit über die Mehrheit, nämlich die Interessen des Kapitals und der Bourgeoisie über die Arbeiter_Innenklasse und alle anderen Ausgebeuteten und unterdrückten Schichten.

Auf keinen Fall sollte man der Illusion verfallen, der bürgerliche Staat könnte als „Antifa“ funktionieren. Im Falle einer Krise der bürgerlichen Regierung und wenn eine Revolution droht, hält sich die Bourgeoisie den Faschismus als letzten Ausweg vor dem Sturz durch die Arbeiter_Innenklasse offen. Einziger Zweck des Faschismus ist die Zerschlagung der organisierten Arbeiter_Innenklasse, deshalb wird weder der bürgerliche Staat noch sein Repressionsapparat irgendetwas gegen die Faschisten unternehmen. Nehmen wir den Kampf deshalb gegen Staat, Kapital und Faschismus selbst in die Hand!

Artikel von Holger Müller, REVOLUTION Stuttgart

NPD in Stuttgart: Und täglich "grüßt" der Kessel …

Die NPD auf „Deutschlandtour“.Da ist es eigentlich klar,dass es zu Gegenprotesten kommt.So auch am 30.07.2012 in Stuttgart. Und wieder einmal „glänzt“ die Stuttgarter Polizei durch härte wenn es darum geht, antifaschistischen Protest zu behindern und die Nazis zu schützen.

Am vergangenen Montag,den 30.07.2012,machte die NPD auf ihrer „Deutschlandtour“ halt in Stuttgart. Gerade einmal 15 Ewiggestrige kamen zur Unterstützung dieser Kundgebung in der Stuttgarter Innenstadt zusammen, darunter solch „illustre“ lokale „Partei-Prominenz“ wie etwa Janus Nowak, Ronny Hellriegel, Martin Krämer und Alexander Scholl. Geschützt wurde dieses Häuflein von rund 400 (!) Bullen,die mit BFE-Greiftrupps und Pferdestaffel angereist waren. Dem Gegenüber standen insgesamt rund 250 Antifaschist_Innen, die lautstark und mit Nachdruck den Nazis verdeutlichten, dass sie in Stuttgart keinen Platz finden werden.

Antifaschistische Protestformen…

Zusätzlich wurde das Ganze dann noch mit Flaschen-, Eier- und Tomatenwürfen gegen die braunen Nieten sehr eindrucksvoll unterstrichen. Zwischendurch musste die Kundgebung der NPD dann unterbrochen werden, nachdem eine Tränengasgranate geworfen wurde. Bereits vor dem Auftakt der Kundgebung am Kronprinzplatz in der Stuttgarter Innenstadt kam es zu Blockaden seitens der Antifaschist_Innen. So wurde der LKW der NPD (von der NPD Großspurig als „Flaggschiff“ bezeichnet), der unter Polizeischutz anfuhr, 1,5 Stunden erfolgreich blockiert. Der Kundgebungsplatz jedoch wurde bereits frühzeitig großräumig abgeriegelt ,so dass ein Erreichen dadurch erschwert wurde, was dann trotzdem einigen Antifaschist_Innen gelang. Als bekannt wurde, wo genau sich die Kundgebung der Faschisten befand, zog ein spontan organisierter Demozug dorthin.

… und die Antwort der Polizei

Das trotz eher kurzfristiger Mobilisierung trotzdem 250 Antifaschist_Innen zusammen kamen, ist ein Erfolg. Den Bullen war dies natürlich ein Dorn im Auge und so kam es, dass bereits früh einige Antifaschist_Innen eingekesselt wurden. Das ganze lief dann darauf hinaus, dass in einem Kessel über 50 Antifas und einige unbeteiligte Passant_Innen mehr als sechs Stunden ohne Wasser und Nahrungsmittel bei 30°C in der prallen Sonne festgehalten und anschließend in Gewahrsam genommen wurden. Erst nach weiteren zermürbenden Stunden auf der so genannten „Wasen-Wache“ (einer Gefangenensammelstelle auf dem Cannstatter Wasen)wurden die Festgenommenen wieder frei gelassen. Ein Antifaschist musste dann nach einem Polizeiangriff mit Platzwunde am Kopf und Gehirnerschütterung anschließend in einem Krankenhaus stationär behandelt werden.

Gängige Praxis der Polizei

Dieses Verhalten seitens der Polizei in Baden-Württemberg und im speziellen in Stuttgart ist jedoch nichts neues oder gar ungewöhnliches.Bereits im letzten Jahr wurden bei Antifaschistischen Gegenaktionen zu einem Nazi-Aufmarsch am 1.Mai in Heilbronn rund 1.500 Antifaschist_Innen bis zu 12 (!) Stunden von der Polizei in diversen „Freiluft Gefangenensammelstellen“ (Freiluft Gesas) festgehalten und das bei ähnlichen Bedingungen wie nun am 30.07. Auch damals war es den Gefangenen nicht möglich, sich mit Wasser und Nahrung zu versorgen geschweige denn aufs Klo zu gehen. Nur den Menschen, die in einer der Freiluft Gesas am Hauptbahnhof von Heilbronn festgehalten wurden, war es nach zähen Verhandlungen mit der Polizei möglich, sich Essen und Trinken zu besorgen und auch aufs Klo zu gehen. Und wer erinnert sich nicht an den brutalen Angriff auf eine Demo im Zusammenhang mit einem Schüler_Innenstreik gegen Stuttgart 21 am 30.09.2010, bei dem 1.000 Polizisten verschiedener Spezialeinheiten Schüler_Innen und Rentner_Innen angriffen, die teils schwer verletzt wurden und bei dem auch vier Wasserwerfer zum Einsatz kamen? Diese und viele weitere Beispiele zeigen deutlich, zu was der Repressionsapparat (zu dem auch die Polizei gehört),im bürgerlichen Staat fähig ist. Zur Vertretung und Durchsetzung der Interessen einer Minderheit über die Mehrheit, nämlich

die Interessen des Kapitals und der Bourgeoisie über die Arbeiter_Innenklasse und alle anderen Ausgebeuteten und unterdrückten Schichten.

Auf keinen Fall sollte man der Illusion verfallen, der bürgerliche Staat könnte als „Antifa“ funktionieren. Im Falle einer Krise der bürgerlichen Regierung und wenn eine Revolution droht, hält sich die Bourgeoisie den Faschismus als letzten Ausweg vor dem Sturz durch die Arbeiter_Innenklasse offen. Einziger Zweck des Faschismus ist die Zerschlagung der organisierten Arbeiter_Innenklasse, deshalb wird weder der bürgerliche Staat noch sein Repressionsapparat irgendetwas gegen die Faschisten unternehmen. Nehmen wir den Kampf deshalb gegen Staat, Kapital und Faschismus selbst in die Hand!

Artikel von Holger Müller, REVOLUTION Stuttgart

Neu im Trend – "Der Merkel alte Kleider"

Trendsetter Merkel: "Modeexperten finden heraus - man kann seine Kleider sogar zweimal tragen!"

Gesichtet:Trendsetterin und Bundeskanzlerin Angela Merkel (58) will ihrem Volk ein Vorbild sein. So berichteten Medien, wie mensch und Merkel auch in Zeiten der Krise schick, aber preiswert gekleidet sein kann. Preiswert für ihre Relationen versteht sich, verdient die Kanzlerin immerhin 25´000 Euro im Monat.

Ihr gut gehütetes Geheimnis wurde zwar noch über offizielle Kanäle bestätigt, aber Modeexperten fanden heraus – Der Trick von Angi besteht darin, das gleiche Kleid einfach zweimal anzuziehen. Verrückt! Was für jeden Promi auf dem roten Teppich zu einem modischen Skandal geworden wäre, macht Angi zu *„Everybodys Darling"*. Bei einem derart warmherzigen, lebensfrohen und vor allem hochgeschätzten Charakter wird die althergebrachte Modeetiquette daher schnell über Bord geworfen.

Den Sinn für Sparsamkeit und Bescheidenheit bekam Angela M. quasi in die Wiege gelegt. So ließ sich bereits ihr Vater, der als Pfarrer arbeitete, vom goldenen Westen in ein kleines Dorf in der Uckermark versetzen, wo es eigentlich *„nüscht gab"*. Er sagte damals: *„Man wollte nicht an den Fleischtöpfen Ägyptens rumhängen, sondern dahin gehen, wo man gebraucht wurde."* 1

Wann sich Angis Sinn für Mode entwickelte, ist zwar historisch nicht belegt. Fakt ist jedoch, dass ihr Stil schon immer ein Ausdruck ihrer Persönlichkeit und ihrer politischen Durchschlagskraft war. Am Anfang ihrer Karriere kleidete sie sich eher zurückhaltend und unauffällig – vielleicht war aber auch einfach der Schatten der FDJ-Fahne, später variierend auch der Schatten Kohls zu groß. Im Laufe der Jahre sah man sie allerdings immer wieder in kräftigem Orange oder in Kleidern, die auch ihre weiblichen Seiten. sowie das Frauenbild der CDU betonen sollten.

Doch nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem sie ihre politischen Entscheidungen in der Öffentlichkeit, zu jedem Anlass präsentiert: Sparen. Während es in sozialen Fragen eher die große Masse der Bevölkerung ist, die *„den Gürtel enger schnallen muss"*, beschränkt sich Angi lieber auf modetechnische Fragen. Ihre Botschaft bleibt trotzdem klar, wenn jeder etwas zur Gesellschaft beiträgt, dann können auch gemeinsame Lösungen gefunden werden. Doch eine Frage bleibt. Wo finden die wir einen Koffer voller Geld, um uns ihre maßgeschneiderten Designerkleider zu leisten?

Lesen Sie dazu auch: *„Angi kauft bei ALDI"* oder *„Ab 5.45 Uhr wird zurückgespart"2*

Artikel von Svenja Spunk, REVOLUTION-Berlin

Neu im Trend – "Der Merkel alte Kleider"

Trendsetter Merkel: "Modeexperten finden heraus - man kann seine Kleider sogar zweimal tragen!"

Gesichtet:Trendsetterin und Bundeskanzlerin Angela Merkel (58) will ihrem Volk ein Vorbild sein. So berichteten Medien, wie mensch und Merkel auch in Zeiten der Krise schick, aber preiswert gekleidet sein kann. Preiswert für ihre Relationen versteht sich, verdient die Kanzlerin immerhin 25´000 Euro im Monat.

Ihr gut gehütetes Geheimnis wurde zwar noch über offizielle Kanäle bestätigt, aber Modeexperten fanden heraus – Der Trick von Angi besteht darin, das gleiche Kleid einfach zweimal anzuziehen. Verrückt! Was für jeden Promi auf dem roten Teppich zu einem modischen Skandal geworden wäre, macht Angi zu *„Everybodys Darling“*. Bei einem derart warmherzigen, lebensfrohen und vor allem hochgeschätzten Charakter wird die althergebrachte Modeetiquette daher schnell über Bord geworfen.

Den Sinn für Sparsamkeit und Bescheidenheit bekam Angela M. quasi in die Wiege gelegt. So ließ sich bereits ihr Vater, der als Pfarrer arbeitete, vom goldenen Westen in ein kleines Dorf in der Uckermark versetzen, wo es eigentlich *„nüscht gab“*. Er sagte damals: *„Man wollte nicht an den Fleischtöpfen Ägyptens rumhängen, sondern dahin gehen, wo man gebraucht wurde.“* 1

Wann sich Angis Sinn für Mode entwickelte, ist zwar historisch nicht belegt. Fakt ist jedoch, dass ihr Stil schon immer ein Ausdruck ihrer Persönlichkeit und ihrer politischen Durchschlagskraft war. Am Anfang ihrer Karriere kleidete sie sich eher zurückhaltend und unauffällig – vielleicht war aber auch einfach der Schatten der FDJ-Fahne, später variierend auch der Schatten Kohls zu groß. Im Laufe der Jahre sah man sie allerdings immer wieder in kräftigem Orange oder in Kleidern, die auch ihre weiblichen Seiten. sowie das Frauenbild der CDU betonen sollten.

Doch nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem sie ihre politischen Entscheidungen in der Öffentlichkeit, zu jedem Anlass präsentiert: Sparen. Während es in sozialen Fragen eher die große Masse der Bevölkerung ist, die *„den Gürtel enger schnallen muss“*, beschränkt sich Angi lieber auf modetechnische Fragen. Ihre Botschaft bleibt trotzdem klar, wenn jeder etwas zur Gesellschaft beiträgt, dann können auch gemeinsame Lösungen gefunden werden. Doch eine Frage bleibt. Wo finden die wir einen Koffer voller Geld, um uns ihre maßgeschneiderten Designerkleider zu leisten?

Lesen Sie dazu auch: *„Angi kauft bei ALDI“* oder *„Ab 5.45 Uhr wird zurückgespart“2*

Artikel von Svenja Spunk, REVOLUTION-Berlin